Paibacher Zeitung.

Abonnementpreis: Mit Postversendung: ganzjährig 80 K., halbjährig 45 K. Im Kontor: ganzjährig 22 K., halbjährig 11 K. Für die Zustellung ins Haus ganzjährig 2 K. — Inserationsgebühr: für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 50 h., größere per Zeile 12 h.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 6 h.

Die „Paibacher Zeitung“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Administration befindet sich Kongregplatz Nr. 2, die Redaktion Dalmatingasse Nr. 10. Sprechstunden der Redaktion von 8 bis 10 Uhr vormittags. Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen, Manuskripte nicht zurückgestellt.

Nichtamtlicher Teil.

Der nationale Friedensschluß in Mähren.

Die „Politik“ bemerkt, mit der Wahlreform befehlen die Czechen in Mähren endlich die Linke in die Hand. Vom czechischen Standpunkte sei allerdings kein Anlaß zu freudiger Emotion gegeben, aber noch weniger erscheine eine voreingenommene Skepsis begründet. Man müsse sich zu Zeiten auch mit Drogen bescheiden.

Die „Moravská Orlice“ erklärt gleichfalls, es liege kein Anlaß zu Jubel vor, denn der Sieg der Czechen in Mähren sei kein vollständiger. Sie stünden noch nicht dort, wo sie schließlich würden stehen müssen, doch sei durch die Wahlreform hierzu ein entscheidender Schritt gemacht worden. Fernstehende würden vielleicht im ersten Augenblicke die Haltung der mährisch-czechischen Abgeordneten nicht begriffen haben, allein diese sei reiflicher Erwägung entsprungen. Mit den Interessen des Volkes dürfe man sich in kein Hazardspiel einlassen.

Die „Slavský z Hane“ sagen, es gelte, die Wahlreform als erste Anzahlung hinzunehmen. Man müsse zugleich Vorbereitungen treffen, damit der neu zu wählende Landtag auf die Verwirklichung aller czechischen Ziele hinarbeiten könne.

Die „Selské Listy“ bemerken, die beschlossene Wahlreform entspreche nicht einmal annähernd dem tatsächlichen Charakter des Landes mit seiner slavischen Dreiviertel-Majorität.

Die „Narodní Listy“ erklären, die czechischen Abgeordneten Mährens hätten sich bei der Wahlreform von den Deutschen ebenso überlistet lassen wie die czechischen Abgeordneten in Böhmen bei den Wahlen im Jahre 1890. Nur hätten die letzteren die Vereinbarung rechtzeitig der czechischen Öffentlichkeit vorgelegt und ihr Gelegenheit zur Stellungnahme geboten. Daß die mährisch-czechischen Abgeordneten die Vereinbarungen vor ihren eigenen

Nationalen bis zum letzten Augenblicke geheimgehalten hätten, sei nicht zu entschuldigen.

Die „Samostatnost“ wendet sich entschieden dagegen, daß der in Mähren eingehaltene Vorgang gegebenenfalls auch im böhmischen Landtage beobachtet werde. Die czechische Bevölkerung möge allwärts gegen einen derartigen Angriff auf das allgemeine gleiche Wahlrecht und gegen die Sicherung der deutschen Privilegien protestieren.

Die „Radikální Listy“ sagen, die mährische Wahlreform mache für eine lange Reihe von Jahren, wenn nicht für immer, eine natürliche Lösung der nationalen Frage unmöglich. Nicht eine einzige der bisherigen Ungerechtigkeiten sei durch diese Wahlreform beseitigt.

Der „Luceň“ betont, die mährische Wahlreform bedeute trotz starker Begünstigung der Deutschen immerhin einen wertvollen Fortschritt für die Czechen, da sie diesem im Vereine mit dem konservativen Großgrundbesitze eine dauernde Majorität im Landtage gewährleiste.

Die „Lidové Noviny“ schreiben, der Schwerpunkt der Verhandlungen im mährischen Landtage werde sich fortan nicht mehr beim Großgrundbesitze befinden, da den czechischen Abgeordneten bloß zwei bis drei Stimmen zur absoluten Majorität fehlen würden. Gleichwohl könne die Wahlreform nicht die Basis für den nationalen Frieden bilden, weil sie das Unrecht nicht beseitige, das an den Czechen durch Jahrzehnte begangen worden sei. Diese müßten weiterhin für ihre Rechte kämpfen, auf ihre wirtschaftliche Selbstständigkeit hinarbeiten und auch fortan energisch für das allgemeine gleiche Wahlrecht eintreten.

Der „Glas Naroda“ meint, die czechischen Abgeordneten im mährischen Landtage würden erst im Vereine mit dem konservativen Großgrundbesitze die Majorität besitzen. Es gehe aber nicht an, diesen den Czechen zuzuzählen, da er keine nationale, sondern eine politische Partei sei.

Der „Čas“ sagt, mit der Wahlreform sei ein schweres Verbrechen an den gemeinsamen und an den speziellen mährisch-czechischen Interessen begangen worden. Die Czechen hätten eine Majorität von einer Stimme erhalten, während ihnen eine Dreiviertel-Majorität zukomme. Überdies sei mit Hilfe czechischer Stimmen die Idee des allgemeinen gleichen Wahlrechtes, welche sich siegreich Bahn für das Parlament gebrochen habe, zurückgewiesen worden.

Politische Uebersicht.

Paibach, 21. November.

In der bulgarischen Regierung nahestehenden Kreisen gibt man, wie aus Sophia gemeldet wird, lebhafter Befriedigung darüber Ausdruck, daß sich an die vielfachen Begegnungen, welche Fürst Ferdinand von Bulgarien im Laufe des Jahres mit verschiedenen Staatsoberhäuptern hatte, nun auch eine solche mit dem Kaiser Franz Josef angereicht hat. Es wird betont, daß diese Tatsache und die zwei Begegnungen des Fürsten mit dem Minister des Äußern, Grafen Goluchowski, für das von den Großmächten sowohl als von Bulgarien verfolgte Ziel der friedlichen Entwirrung und Befestigung der Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel nur von wohlthätigen Wirkungen begleitet sein können.

Die „Österreichische Volkszeitung“ nimmt den Jahrestag der Einbringung der Ix Daniel im ungarischen Abgeordnetenhaus zum Anlaß einer Besprechung der Lage in Ungarn. Die Koalition gewinne immer mehr Anhänger. Selbst die Regierung bequeme sich in wirtschaftlichen Dingen den Grundanschauungen der Unabhängigkeitspartei an. Die letzte Rede des Handelsministers Bőrös, in der die wirtschaftliche Trennung von Österreich versprochen wurde, zeige genau, wohin ganz Ungarn zu steuern entschlossen ist. Nur ein Übergangsstadium, eine Vorbereitungszeit will der Handelsminister zugestanden wissen, während welcher man drüben sich für die Zolltrennung rüsten und kräftigen soll. Das Alte stürzt.

„Fort, Hanna?“

Zimmer dachte er ans Wandern, ihre Frage aber überraschte und erschreckte ihn. Die Koffer sind in Ordnung, der Rock angezogen, schon hat die Hand den Wanderstab ergriffen, doch sieh', plötzlich stockt der Fuß, von unverständlichem Schrecken gelähmt. Wo sind jetzt jene schönen Träume von der weiten Welt, von der schönen Zukunft, die seiner jenseits der Berge hart? Weshalb träumte er, nur um zu träumen? . . . Gleichsam vor sich sah er's. Wahrhaftig, dort vor ihm ist der Weg, er braucht nur den Fuß zu heben! Und plötzlich fühlte er, er sei müde und bang.

„Du sagtest mir's ja, Matthias, und auch ich glaube, deines Bleibens sei nicht mehr hier . . . weder einen Tag, noch eine Stunde . . . Es gibt keinen, der dich freundlich anblickte . . . Mach' dich dran und geh', und wenn du zurückkehrst, werden sie vor dir die Hüte ziehen. So denke ich.“

Hanna redete tiefenst; tief und ruhig klang ihre Stimme; so hatte sie nie vorher mit ihm gesprochen.

„Wohlan denn, auf den Weg!“

Einem Seufzer gleich seine Antwort, sie war kleinmütig und unsicher.

„Bald kehrtst du zurück, Matthias, in Ruhm und Ehren; mein Glaube ist fest. Dort ist das Leben anders, und auch die Leute sind anders. Dort werden sie dich anerkennen, Matthias!“

Er hörte zu und staunte, sein Herz wurde immer wärmer und er neigte sich, um ihr genau ins Angesicht zu sehen.

„Wie lieb ich dich habe, heute abend! . . . Du sprichst, was ich nur von weitem erhoffe, und wenn du sprichst, liegt alles klar und rein vor mir. Mein Herz war sehr niedergeschlagen, jetzt ist es ruhig . . . Komm mit mir bis zum Hause; es ist Nacht und niemand ist draußen . . .“

(Fortsetzung folgt.)

Fenilleton.

Das Kreuz auf dem Berge.

Eine Liebesgeschichte. Aus dem Slovenischen des Ivan Cankar, übersetzt von F. Koch.

(7. Fortsetzung.)

„Birst du nichts anderes malen?“
Es sollte gleichsam das Leben ein zweitesmal beginnen, mit demselben Anfange vielleicht und mit demselben Ende; er sollte gleichsam zum zweitenmale dieselbe Wallfahrt antreten, mit derselben Bürde und demselben traurigen Ziele.

Und erst in dem Augenblicke, als er sich ihre Frage wiederholte, fühlte er ihre Hand auf seiner Schulter und erblickte ihr Antlitz ganz nahe bei sich. Er erschauerte und Gedanken, die früher träge geschlummert hatten, erhoben sich in undeutlichem Wirbel.

„Weiter also, Hanna? Als ob nichts geschähen wäre?“

„Es war ja nichts, Matthias! Du sagtest ja, wie lange der Weg noch sei und wie schön. Das war nicht einmal der Anfang und dir ist schon bange!“

„Laß deine Hand auf meiner Schulter, es ist gut so! . . . Wahrhaftig, ich bin schwach, Hanna, so daß ich mich schäme . . . Ich wage kaum auszublicken, wohin die Straße führt, solche Angst empfinde ich vor der Zukunft; ich stehe da, wie ein Kind um Mitternacht auf dem Kirchhof und du bist mir wie eine Mutter . . . Daß du mir nur nahe bist, und wenn wir auch kein Wort sprechen . . . Laß uns gehen, Hanna!“

„Kühle Nacht herrschte schon in der Schlucht. Am Himmel leuchteten die Sterne auf; sie waren so fein und weiß, daß die beiden sie kaum sahen; denn unermesslich weit lag der Himmel, kaum erreichte ihn

das aus dem Grabe hinauf sich sehnde Auge; auch die Berge, die finster hinauf trogten, berührten ihn nicht.

Sie schritten langsam; Matthias war matt; seine Füße waren müde und schwer. Sie gingen Hand in Hand; beide Hände waren warm und faßten sich fester als jemals früher.

Auf dem Berge flammten trübe, verschlafene Lichter auf; mit blinzelnden, unfreundlichen Augen blickte das Dorf in schwülem Halbschlummer auf die beiden herab: Sie schritten ihm entgegen, beide klein und schwach, im schweren Herzen schwache, unbestimmte Hoffnungen. Die Lichter wurden immer größer, sie lachten ihnen entgegen und ihr Lachen war feindlich und schadenfroh.

Beide blickten hinauf.

„Wie könnte ich dort leben? Wo anders nur, oder gar nicht . . .“

„Die Welt ist weit . . .“

Hanna seufzte auf, denn in ihrem Herzen klang der Wunsch:

„Auch ich ginge mit dir, Matthias!“

Doch der Wunsch war so groß und kühn, daß sie ihn kaum in Gedanken deutlich auszusprechen wagte. Auch war er sündhaft: Was sollte er mit ihr, die so schwach und klein, auf seinem weiten Wege? Der Gedanke schwand, aber ihr Herz war schwer.

„Hanna, vielleicht wäre man nicht so kleinmütig, wenn die Sonne schiene wie jenseits der Berge. Was läge mir daran, daß ich zerrissene Schuhe und zerfetzte Hufe an habe? Ich lachte die Menschen aus und ginge, wohin die weißen Straßen führen! So aber ist's mir, als hätte ich diese enge Schlucht in meinem Herzen. Bergan bis zum Gipfel ist der Weg schwer; sobald man jenseits wäre, wäre auch alles gut . . .“

„Wann gehst du fort?“

Er erschrak über die Frage, als wäre sie ihm ganz neu.

Baron Fejervary werde kaum imstande sein, diesen Entwicklungsgang aufzuhalten. Was fallen muß, das soll man noch stoßen, sagt Nietzsche. Diesen Rat werde man zwar in Oesterreich nicht befolgen, aber man wird ebenfalls sich rüsten müssen, um beim unvermeidlich gewordenen Abschiede von Ungarn nicht unvorbereitet dazustehen. Das österreichische Parlament darf trotz der Wahlreform Ungarns nicht vergessen.

Nach einer Meldung aus Paris gilt es als wahrscheinlich, daß das Gesetz, betreffend die Trennung der Kirche vom Staate, vom Senate gegen den 10. Dezember angenommen sein wird. Man sieht voraus, daß die Annahme ohne Abänderung erfolgen wird. Die Regierung wird dann zweifellos sofort mit der Kundmachung des Gesetzes vorgehen. Für die Inkraftsetzung wird eine Verordnung der Verwaltung erforderlich sein, welche im Staatsrate ausgearbeitet werden wird. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird das neue Regime zur Zeit der allgemeinen Wahlen im Mai 1906 bereits eingeführt sein. Die republikanische Partei will, daß das Land möglichst bald sich die Überzeugung verschaffe, daß das neue Gesetz der freien Ausübung der Kulte keine Hindernisse bereitet.

Der vom Storting gewählte König von Norwegen hat den Namen Hakon VII. angenommen. Er ist als zweiter Sohn des Kronprinzen von Dänemark am 3. August 1872 zu Charlottenlund geboren und seit 22. Juli 1896 mit Prinzessin Maud von England vermählt. Der Ehe entsproß ein nun zweijähriger Sohn, Prinz Alexander, der nun den Namen Olaf führt. In der letzten Sitzung des norwegischen Stortings erklärte Pastor Eriksen (Sozialist), daß seine Partei für den Vorschlag des Präsidenten Berner, den Prinzen Karl von Dänemark zum König von Norwegen zu wählen, stimmen werde, da durch die früher gefaßten Beschlüsse das Königtum bereits festgesetzt sei. Nach der Wahl des Königs hielt Präsident Berner eine kurze Ansprache, in der er unter anderem ausführte, mit diesem Beschlusse des Stortings sei der Schlüsselstein auf das Selbstständigkeitswerk gesetzt, das in diesem Jahre durchgeführt wurde. Er schloß mit dem Wunsche: „Gott bewahre den neuernwählten König, Gott bewahre unser teures Vaterland!“

Tagesneuigkeiten.

— (Die „Findigkeit“ der Post.) Daß die berühmte Findigkeit der Post auch einmal eine ganze Ortschaft in ihrer Ehre kränken kann, zeigt folgende hübsche Geschichte. In Dresden war ein Brief mit der Adresse Proßendorf bei Dresden eingelaufen, und die Post leitete ihn nach dem Willen vorort Blasewitz. Das sollen die guten Blasewitzer aber höchst übel genommen haben.

— (Die Nervenprobe.) Ein haarsträubender Vorfall, dem ein blühendes junges Menschenleben zum Opfer fiel, hat sich auf dem Kenyon College in Ohio zugetragen. Der Student Pierson, der die Aufnahme in eine der auf allen amerikanischen Hochschulen bestehenden geheimen, mit griechischen Anfangsbuchstaben bezeichneten Verbindungen nachgeschickt hatte, wurde vor der Rezeption den üblichen, sonst ein wenig an die „Zauberflöte“ erinnernden „Proben“ unterworfen. Außerdem wurde er, um festzustellen, was seine „Nerven“ auszuhalten vermöchten, an den Schienen des nächsten Bahngeländes festgebunden. Unglücklicherweise kam alsbald ein Spezialzug, der nicht im Fahrplan vorgesehen war, und — zermalmte den unglücklichen Jüngling. Nun ist natürlich eine Untersuchung eingeleitet worden, die bereits ergeben hat, daß diese seltsame Art, die „Nerven zu erproben“, seit Jahren an diesem College gang und gäbe war und schon viele andere Studenten von dieser Tragödie betroffen hat, wenn auch noch nie mit einem ähnlichen Erfolge. Das Schlimmste bei dieser Skandalaffäre ist aber, daß der Präsident des College, anstatt dem nutzlosen Unfug mit aller Energie entgegenzutreten, die Schuldfrage zu vertuschen sucht, und vor der Koronersjury aussagte, der Student sei nur einem unglücklichen Zufall zum Opfer gefallen.

— (Praktische Nutzenanwendung.) In einer Dorfschule Westfalens sprach kürzlich — so erzählt man der „Täglichen Rundschau“ — bei Behandlung eines Gedichtes der Lehrer eingehend über den Nutzen des Fleißes. Er fragte die lernbegierige Dorfjugend: „Was muß ein junger Mann tun, um dereinst eine ehrenvolle Stellung im Kreise seiner Mitbürger einzunehmen, um recht vorwärts zu kommen?“ Ein schlafhaarer Junge gab durch Fingeraufheben zu erkennen, daß er die Lösung dieser wichtigen Zukunftsfrage gefunden habe. Auf ein ermunterndes Zeichen des Lehrers sagte der hoffnungsvolle Bursche mit großer Überzeugungstreue: „He möt 'ne rife Burendochter friegen!“ (Er muß eine reiche Bauerntochter heiraten.)

— (Eine eigenartige Borname) wurde dem Knaben beigelegt, den eine Kajütspassagierin

Frau Vogel auf dem Lloydampfer „Rhein“ während der Überfahrt von Bremen nach Newyork gebar. Altem Brauch gemäß erhielt er zum Vornamen den Namen des Schiffes, auf dem er geboren wurde, und heißt somit Rhein Vogel, obwohl er auf dem Atlantischen Ozean zur Welt kam.

— (Grauenhafter Tod.) Über einen entsetzlichen Vorfall wird aus Newyork berichtet: Zwei Arbeiter, die in einer Gußgrube der Midwalz-Stahlwerke arbeiteten, verließen, als der Guß erfolgte, nicht schnell genug die Grube und wurden von der flüssigen Stahlmasse im Gewichte von 800 Zentner überrascht. Ihre Körper müssen im Augenblick in Gas und Asche verwandelt worden sein, auch nicht einmal ein Knochen von ihren Anzügen wurde gefunden. Die Midwalz-Gesellschaft hat daraufhin den unteren Teil des Gußstückes im Gewichte von 80 Zentner, in dem man die Überreste der beiden Verunglückten enthalten glaubt, abschneiden lassen und der Stahlblock wird jetzt mit allen Ehren begraben werden.

Total- und Provinzial-Nachrichten.
Krainischer Landtag.

Neunte Sitzung am 21. November 1905.

Vorsitzender: Landeshauptmann Otto Edler von Detela.

Regierungsvertreter: k. k. Landespräsident Theodor Schwarz und k. k. Bezirkshauptmann Wilhelm Gaas.

Schriftführer: Landessekretär Franz Uršič.

Das Protokoll der letzten Sitzung wurde in slovenischer und deutscher Sprache verlesen. Abg. M. Urko beantragte, das slovenische Protokoll zu genehmigen, das deutsche hingegen abzulehnen; gleichzeitig ersuchte er den Landeshauptmann, den Bericht des Verfassungsausschusses über den letzthin in betreff des Sitzungsprotokoll gefaßten Beschluß auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu setzen.

Abg. Graf Barbo bezeichnete den Antrag, betreffend die Nichtgenehmigung des deutschen Protokoll, als unzulässig; er protestierte auch gegen das Ersuchen des Abg. M. Urko.

Das slovenische Protokoll wurde hierauf genehmigt.

Abg. Dr. Šustersič erklärte, ausschließlich dem Landeshauptmann stehe das Recht zu, die Tagesordnung zu bestimmen; er könne allerdings auch das Haus befragen, allein dies könne für ihn nur informativ, durchaus nicht maßgebend sein.

Abg. Graf Barbo betonte, der Landeshauptmann habe schon die Tagesordnung festgestellt und er sei auch an sie gebunden. Eine Änderung der Tagesordnung während der Sitzung sei unstatthaft.

Der Landeshauptmann befragte sodann das Haus, ob der Bericht auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt werden soll, da eben ein Beschluß des Landtages bestehe, wornach der Bericht binnen 48 Stunden vorzulegen sei.

Das Haus sprach sich für die Vorlage des Berichtes des Verfassungsausschusses im Laufe der Sitzung aus.

Die eingelaufenen Petitionen wurden den betreffenden Ausschüssen zugewiesen.

Landespräsident Schwarz beantwortete die vom Abg. Urko in einer der letzten Sitzungen eingebrachte Interpellation in betreff der Errichtung der Bürgerschule in Adelsberg auf Grund einer eingehenden Darstellung der diesbezüglich geführten Verhandlungen dahin, daß sich die Behörden nach Kräften um die Förderung der Errichtung dieser Schule bemüht haben und daß nach Erledigung von einigen noch ausstehenden Verhandlungen die Eröffnung der Bürgerschule in Adelsberg mit Beginn des Schuljahres 1906/1907 in Aussicht stehe.

Abg. Pogačnik interpellierte den Landespräsidenten, ob er geneigt sei, sich dafür zu verwenden, daß die Postverbindung zwischen Veas und Beldeß für die von Laibach kommenden Züge aufrecht bleibe, da sich durch die Instradierung über Aßling nach Beldeß Versäumnisse in der Brief- und Fahrpost bei unregelmäßigem Anschlusse der Züge in Aßling oft in der Länge eines ganzen Tages ergeben könnten, was nicht nur für die einheimischen Bewohner, sondern auch für den Fremdenverkehr in der Umgebung von Beldeß von empfindlichem Nachtheile wäre.

Abg. Povašnik berichtete im Namen des Finanzausschusses über den Bau der Eisenbahn Treffen-Rassenuß-Johannistal und stellte den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Landesausschuß hat alle für die Förderung der Schlußvorbereitungen für den Bau dieser Eisenbahn erforderlichen Vorkehrungen zu treffen; 2.) der Landesausschuß wird bevollmächtigt, sich mit dem Eigentümer des Kohlenwerkes in Johannistal ins Einvernehmen zu setzen und diesem, falls ihm dieser die

rechtsgültige Bürgschaft für die Garantie der Verzinsung der Kapitalsumme sicherstellt, namens des Landes die Zuzicherung der Garantie für jene zwei Millionen Kronen zu gewähren, die beim Bau der Unterkrainger Bahnen erübrigt wurden, wenn dieser Betrag für den Bau dieser Eisenbahn verwendet werden soll.

Der Antrag wurde ohne Debatte angenommen.

Abg. Dr. Šustersič berichtete sodann namens des Finanzausschusses über den Gesetzentwurf, betreffend die Durchführung der für die Entwässerung des Laibacher Moores erforderlichen Arbeiten am Laibachflusse und am Gruberschen Kanale. Er stellte schließlich folgenden Antrag: Der Landtag wolle beschließen: I. Der Gesetzentwurf über die Entwässerung des Laibacher Moores wird genehmigt. II. Der Landesausschuß wird beauftragt, diesem Gesetzentwurfe die Allerhöchste Sanktion zu erbitten. III. Der Landesausschuß wird bevollmächtigt, nach Einvernahme von anderen Beteiligten mit dem k. k. Ackerbauministerium das im Sinne des beschlossenen Landesgesetzentwurfes für die Durchführung der Arbeit erforderliche Einkommen gemäß § 6 dieses Gesetzes so rechtzeitig abzuschließen, daß die Entwässerungsarbeiten wenigstens im Laufe des Jahres 1906 in Angriff genommen werden. IV. Zu diesem Zwecke hat der Landesausschuß unverzüglich einen Konkurs behufs Erwerbung von technischen Kräften auszuschreiben und mit ihnen Verträge, betreffend ihre provisorische Tätigkeit bei den Entwässerungsarbeiten, abzuschließen.

Der Antrag wurde, nachdem ihn die Abgeordneten Povašnik und Štribar wärmstens unterstützt und die Vorteile, die aus der Entwässerung des Laibacher Moores für die dortige Bevölkerung sowie für die Stadt Laibach erwachsen würden, eingehend erörtert hatten, ohne Debatte angenommen.

Das einschlägige Gesetz gelangte einhellig auch in dritter Lesung zur Annahme. — Die Kosten des Unternehmens werden auf 4.184.000 K veranschlagt. Zu deren Bestreitung wird nach den Bestimmungen des § 2 des Gesetzentwurfes ein eigener Baufond gebildet, in welchen nachstehende Beträge einzufließen haben: 1.) Ein nicht rückzahlbarer Beitrag des Landes Krain in der Höhe von 12 % der obigen Gesamtkosten; 2.) ein vom Lande gewährtes Darlehen in der Höhe von 33 % der obigen Gesamtkosten; 3.) unter dem Vorbehalte der versassungsmäßigen Genehmigung ein nicht rückzahlbarer Beitrag aus dem staatlichen Meliorationsfonde in der Höhe von 45 % der oben angegebenen Gesamtkosten bis zum Maximalbetrage von 1.882.800 K; 4.) ein nicht rückzahlbarer Beitrag der Stadt Laibach in der Höhe von 10 % der Gesamtkosten.

Abg. Povašnik begründete sodann den Dringlichkeitsantrag, betreffend die Unterstützung jener Weingartenbesitzer, deren Reben durch die Reblaus vernichtet wurden und noch regeneriert werden müssen. Er beantragte, den Landesausschuß zu bevollmächtigen, aus dem Landesmeliorationsfonde pro 1906 zu diesem Zwecke 40.000 K unter der Bedingung auszugeben, daß auch der Staat hierfür eine Staatssubvention bewillige.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde, nachdem ihn auch Abg. Dular unterstützt hatte, anerkannt und der Antrag selbst dem Finanzausschusse zugewiesen.

Abg. Štribar begründete sodann den selbständigen Antrag, betreffend die Errichtung einer Universität in Laibach, und beantragte zum Schluß: Der Landtag wolle beschließen: 1.) Die k. k. Regierung wird mit Hinblick auf die Beschlüsse des krainischen Landtages in den Sitzungen vom 28. Februar und 28. Dezember 1898 dringlich aufgefordert, alle Vorkehrungen für die Errichtung einer Universität mit theologischer, juridischer und philosophischer Fakultät in Laibach zu fördern und ehestens beim Reichsrate die Errichtung einer solchen Universität zu erwirken. 2.) Es wird unter Führung des Landeshauptmanns eine Abordnung von noch zwei Mitgliedern des Landtages zu dem Zwecke entsendet, daß sie eine Audienz bei Seiner Majestät dem Kaiser erbitte und an den Stufen des Allerhöchsten Thrones die ergebnisste Bitte um Errichtung der Universität in Laibach niederlege. 3.) Es wird aus dem Landtage ein dreigliedriger Ausschuß zu dem Behufe gewählt, daß er in das ständige Universitätskomitee eintrete, worin mit gleicher Anzahl von Delegaten der Gemeinderat der Stadt Laibach, die „Slovenska Matica“, der Verein „Pravnik“ und das Professorenkollegium der fürstbischöflichen Seminars in Laibach vertreten sein sollen. Dieses Komitee hat auf entsprechende Weise auch mit den Vertretern der akademischen Jugend an der Wiener, Grazer und Prager Universität in Fühlung zu treten. 4.) Aus dem Landtage wird ein Betrag von 2000 K bewilligt, der an das erwähnte Universitätskomitee zu dem Zwecke auszugeben ist, daß es Preise zu 1000 K für zwei der besten wissenschaftlichen Schriften ausschreibe, von

denen die eine juristischen, die andere philosophischen Inhaltes sein und wenigstens je fünf Druckbogen umfassen soll. Diese Summe soll aber an dieses Komitee nur dann ausgefolgt werden, wenn es sich zur Drucklegung jener Schriften, denen der Preis zuerkannt wird, verpflichtet.

Der Antrag wurde dem Verwaltungsausschusse zugewiesen.

Abg. Dr. Majaron begründete folgenden selbständigen Antrag: Die k. k. Regierung wird ermahnt, ehestens zu erwirken, daß jene Steuer- und Gebührensbefreiungen, die infolge des verlängerten Gesetzes vom 10. August 1895, R. G. Bl. Nr. 131, für die neuen industriellen Unternehmungen in Triest und für die Katastralgemeinde Muggia gelten, auch auf das ganze Kronland Krain ausgedehnt werden.

Der Antrag wurde dem Verwaltungsausschusse zugewiesen.

Abg. Božić begründete nachstehenden selbständigen Antrag: Der Landtag wolle beschließen: Die k. k. Regierung wird aufgefordert, den vom Finanzministerium im Einvernehmen mit dem königl. ungarischen Finanzministerium herausgegebenen Erlaß vom 21. August 1905, Z. 56.658, womit den Landwirten das Branntweinbrennen aus Feigenmälche verboten wird, aufzuheben.

Der Antrag wurde dem Verwaltungsausschusse zugewiesen.

Derselbe Abgeordnete begründete folgenden selbständigen Antrag: Der Landtag wolle beschließen: Der Landesausschuß wird beauftragt, unverzüglich für die Fertigstellung der bereits fertiggestellten Pläne für die Regulierung der Wippacher Gewässer Sorge zu tragen und zuverlässig schon in der kommenden Session dem Landtage den betreffenden Gesetzentwurf zur endgültigen Beschlußfassung vorzulegen.

Der Antrag wurde, nachdem Abg. Povše als Landesausschußbesitzer mehrfache Angriffe des Abg. Božić gegen den Landesausschuß zurückgewiesen hatte, dem Verwaltungsausschusse zugewiesen.

Abg. Dr. Ferjančič begründete einen selbständigen Antrag, betreffend die Bewilligung einer ordentlichen Landesubvention für die Erhaltung der kommunal-Oberralschule in Idria. Er hob in der Begründung unter anderem hervor, daß die Stadt Idria jährlich an das Land nur an Zuschlägen zu den staatlichen direkten Steuern den Betrag von 60.000 K zahle, während das Land für Idria keine erheblichen Ausgaben zu tragen habe. Durch den Antrag wird der Landesausschuß beauftragt, die Verhältnisse zu studieren und in betreff des Ausmaßes der Subvention einen Antrag zu stellen.

Der Antrag wurde dem Finanzausschusse zugewiesen.

Derselbe Abgeordnete begründete dann folgenden selbständigen Antrag: Der Landtag wolle beschließen: Der Landesausschuß wird beauftragt, in betreff der Herstellung einer Straße durch die Crna im Steiner Bezirke bis zur krainisch-steierischen Grenze behufs Verbindung durch das Deutschthal bis Deutsch Erhebungen zu pflegen, weiter mit dem steiermärkischen Landesausschusse in bezug auf die Fortführung dieser Straße auf steierischem Boden und mit den Interessenten, besonders mit der Herrschaft Oberburg und mit der k. k. Regierung, in betreff der Beitragleistungen in Fühlung zu treten und in der kommenden Session dem Landtage in betreff der Herstellung seine Anträge zu stellen.

Der Antrag wurde dem Verfassungsausschusse zugewiesen.

Zum Schluß berichtete Abg. Dr. Kref namens des Verfassungsausschusses über die Abfassung der Sitzungsprotokolle, die künftighin nur in slovenischer Sprache zu erfolgen habe. Redner betonte, daß der Landtag damit nur etwas restituere, was schon im Jahre 1868 praktisch ausgeübt worden sei, denn in diesem Jahre seien die Sitzungsprotokolle nur in slovenischer Sprache geschrieben worden. Freilich habe sich dann ein Minister gefunden, der an das Landtagspräsidium ein Schreiben in dem Sinne gerichtet habe, daß die Protokolle künftighin in slovenischer und deutscher Sprache abzufassen seien. Abg. Dr. Kref brachte das diesbezügliche Schreiben nach dem stenographischen Protokolle zur Verlesung, worin der rein slovenischen Protokolle im Sinne des Artikels XIX des Staatsgrundgesetzes als ungesetzlich bezeichnet wurden, zumal zur selben Zeit nur der deutsche Text authentisch war. Über dieses Schreiben habe sich im Landtage eine interessante Debatte entsponnen; Abg. Dr. Costa habe erklärt, sobald Minister Biskra an den steiermärkischen oder kärntnerischen Landtag einen ähnlichen Erlaß richte, werde er (Dr. Costa) sagen, der Minister habe recht. Schließlich habe man, weil die Sitzungsprotokolle auch Seiner Majestät dem Kaiser vorgelegt werden, welchen Umstand insbesondere Abg. Dr. Toman hervorgehoben habe, den Beschluß gefaßt, die Landtagsprotokolle

in beiden Landessprachen niederschreiben zu lassen. Dadurch habe man lediglich dem Grundsatz der Gleichberechtigung Ausdruck verleihen wollen; allein der Beschluß sei nur unter dem Druck einer Behörde erfolgt, die einer autonomen Vertretung, wie es der Landtag ist, keine Weisungen zu erteilen habe. Daher sei er in radice verfassungswidrig. Wenn der Landtag die Abfassung von rein slovenischen Protokollen beschließe, so stelle er sich nur auf jenen Standpunkt, der von den Vorgängern bereits vor 40 Jahren vertreten worden sei, und protestiere gleichzeitig gegen die Einmischung des damaligen Ministers.

Abg. Dr. Kref besprach nun die Resolution, die der Verfassungsausschuß angenommen hatte und die den Landesausschuß auffordert, so bald als möglich darüber Bericht zu erstatten, auf welcher Grundlage beim Landesausschusse die Amtsführung erfolgte, in soweit hiebei der Gebrauch der Landessprachen in Betracht komme, weiters infolge welcher Landtagsbeschlüsse dieser Gebrauch sowohl beim Landesausschusse als auch im Landtage festgelegt worden sei. In seinem Berichte habe der Landesausschuß auch allfällige Änderungen der bisherigen Praxis in Vorschlag zu bringen.

Abg. Gribar erklärte, die national-fortschrittliche Partei werde für den Antrag des Verfassungsausschusses stimmen. In betreff der von diesem gefaßten Resolution verwies er auf die vom Landtage in den Jahren 1884 und 1886 gefaßten Beschlüsse, durch die dem Landesausschusse die slovenische Amtssprache ganz klar vorgezeichnet worden sei. Heute indessen korrespondiere der Landesausschuß mit den k. k. Behörden noch immer in deutscher Sprache, ja noch mehr, er verkehre auch mit den Landesausschüssen jener Länder, die von Slovenen bewohnt werden, ausschließlich deutsch. Das könne mit Rücksicht auf die genannten Beschlüsse weder der Landeshauptmann, noch der Landesausschuß rechtfertigen; er müsse dieses Vorgehen rügen, denn erstens sei es nicht geeignet, den Slovenen Achtung zu verschaffen, und zweitens seien auch in materieller Beziehung dessen Folgen traurig genug. Würden sich die slovenischen Vertretungen ihres Rechtes bedienen, so müßten sowohl in Graz als in Klagenfurt, sowohl in Triest als in Görz slovenische Beamte angestellt werden, desgleichen im Ministerium, wo es sehr wenige der slovenischen Sprache mächtige Beamte gebe. Die Angelegenheit sei so dringend, daß man nicht erst den Bericht des Landesausschusses abwarten dürfe, sondern man müsse ihm gleich den Weg vorschreiben, zu welchem Zwecke Redner eine Resolution beantrage, derzufolge der Landesausschuß sich künftighin im Verkehr mit den k. k. Behörden in Krain und mit allen autonomen Vertretungen in den von den Slovenen bewohnten Ländern, weiters mit den Ministerien und den Zentralstellen ausschließlich der slovenischen Sprache zu bedienen habe.

Abg. Graf Barbo erklärte, gegen die im Antrage des Verfassungsausschusses enthaltene Vergewaltigung auf das energischste protestieren zu müssen.

Abg. Dr. Sustersič bezeichnete den Antrag des Verfassungsausschusses als hochbedeutend für die sprachliche Entwicklung im Lande Krain. Die Frage des Sitzungsprotokoll sei zwar auf den ersten Blick kleinlich, sei es jedoch nicht, Beweis dessen der Widerstand, mit dem ihn von gegnerischer Seite begegnet werde. Mit der Sprache des Protokolls sei freilich die nationale Frage im Landtage noch lange nicht erledigt; indes sei dies die erste Etappe auf dem Wege, den Redners Partei nach reiflicher Überlegung betreten habe und den sie so lange zu verfolgen gesonnen sei, bis der Landtag ganz slovenisch sein werde. Sobald das offizielle Landtagsprogramm nur in slovenischer Sprache abgefaßt sein werde, werde auch die deutsche Sprache aufhören, eine offizielle Sprache des Landtages zu sein. Die Protokolle werden Seiner Majestät dem Kaiser nur in slovenischer Sprache zukommen, und dann werde man auch an Allerhöchster Stelle noch mehr als gegenwärtig wissen, daß es ein slovenisches Land gebe, dessen Volk bis zum äußersten entschlossen sei, die ihm gebührenden nationalen Rechte zu erringen. — Abg. Doktor Sustersič drückte seine Befriedigung darüber aus, daß die national-fortschrittliche Partei auch für den Antrag des Verfassungsausschusses stimmen werde; er habe es auch nicht anders erwartet. Indessen müsse er dem vom Abg. Gribar ausgesprochenen Tadel, betreffend den Landesausschuß und namentlich den Landeshauptmann, entgegentreten; er sei vielleicht doch an eine falsche Adresse gerichtet worden. Im Landesausschusse entscheide die Majorität und diese sei mit einer Erbfinde belastet. Wollte Abg. Gribar, daß der Landesausschuß slovenisch sein werde, so müsse sich die Struktur des Landesausschusses ändern und die Frage, wer aus dem ganzen Hause dahin zu entsenden sei, müsse in der Weise geregelt werden, daß die slovenische Mehrheit aus ihrer Mitte

einen Vertreter in den Landesausschuß wähle. Die Angriffe auf den Landeshauptmann seien nicht berechtigt. (Widerspruch seitens der Abg. Gribar und Dr. Majaron.) Sie haben ja die Mehrheit im Landesausschusse; warum haben Sie nicht auf die slovenische Amtierung gesehen? Freilich käme da der Landesausschuß, der mit Hilfe der deutschen Stimmen gewählt worden sei, in eine eigentümliche Lage. (Rufe im Zentrum: Gar nicht!) Warum haben Sie erst dann die Schleusen Ihrer Beredsamkeit geöffnet, als wir unsere Konsequenzen zu ziehen begonnen haben? Je mehr Sie den Landesausschuß angreifen, desto zufriedener werde ich sein; aber der Landeshauptmann kann nichts dafür, was der Landesausschuß tut.

Abg. Dr. Sustersič erklärte im weiteren Verlaufe seiner Rede, die kaiserliche Entschließung vom 28. Juni 1872, womit der Beschluß des Landesausschusses, nur slov. Vorlagen an Allerh. Stelle einzubringen, stiftiert würde, müsse wohl für den Landtag, nicht aber auch für den Landtag maßgebend sein. Und wenn der Landesausschuß vom Landtage den imperativen Auftrag erhalte, alle Vorlagen nur in slovenischer Sprache einzubringen, so sei er an diesen Auftrag gebunden und dann werde auch die Doppelsprachigkeit der Vorlagen aufhören, die, nebstbei bemerkt, ganz unnötige Ausgaben verurjache. Das Landesgesetzblatt werde natürlich auch künftighin in beiden Sprachen erscheinen, solange nicht das betreffende Gesetz geändert werde. Allein eine Retorsion in dieser Hinsicht sei nicht notwendig, weil das steierische Landesgesetzblatt auch in beiden Sprachen herausgegeben werde.

Abg. Gribar sagte, er habe schon einigemal bewiesen, daß die national-fortschrittliche Partei trotz ihres Übereinkommens mit dem Klub der Großgrundbesitzer in nationaler Beziehung vollständig frei handeln könne; auch Abgeordneter Dr. Sustersič könne nicht behaupten, daß sie nicht mit aller Entschiedenheit die Rechte der slovenischen Sprache gewahrt hätte. Wenn Abg. Dr. Sustersič den Landeshauptmann in Schutz nehme, so habe er übers Ziel geschossen, weil er (Abg. Gribar) nicht den Landeshauptmann angegriffen, sondern nur das Vorgehen des Landesausschusses getadelt habe. Übrigens falle dem Landeshauptmann die Ausführung der Beschlüsse zu, und wenn jene aus den Jahren 1884 und 1886 nicht ausgeführt wurden, so müsse die Schuld doch auf den fallen, der dies unterlassen habe. Auf das Vorgehen des Landesausschusses sei Redner erst in der Zeit zwischen der letzten und der gegenwärtigen Session von einem Mitgliede des steiermärkischen Landesausschusses aufmerksam gemacht worden, sonst hätte er es gewiß schon früher zur Sprache gebracht. Er habe eben gemeint, der Landesausschuß gehe in sprachlicher Hinsicht so wie der Laibacher Magistrat vor. — Abg. Sustersič sprach von Retorsion. Wo blieb denn diese, als es sich um die rein slovenischen Straßentafeln handelte? Da habe sich die katholisch-nationale Partei auf den Standpunkt gestellt, daß die Anbringung solcher Tafeln ein Unrecht bedeuten würde. (Widerspruch seitens des Abg. Doktor Zitnik.) Lesen Sie die stenographischen Protokolle! Da werden Sie's bestätigt finden.

Der Landeshauptmann konstatierte, daß durch die Beschlüsse des Landtages immer nur der Landesausschuß, nicht aber der Landeshauptmann mit irgend einer Angelegenheit beauftragt werde und daß auch der Landesausschuß, nicht aber der Landeshauptmann für die Durchführung von Beschlüssen verantwortlich zu machen sei. Übrigens korrespondiere der Landesausschuß mit den Bezirkshauptmannschaften und mit der Landesregierung in slovenischer Sprache. (Abg. Gribar: Sehr selten!) Wenn Schriftstücke mit anderen Landesausschüssen in deutscher Sprache gewechselt werden, so schade dies ebenso wenig, wie wenn aus Böhmen oder Galizien deutsche und nicht böhmische oder polnische Zuschriften eingesendet werden. Es geschehe dies eben im Interesse leichter Verständigung. — Die vom Abg. Gribar eingebrachte Resolution könne nicht als Zusatzantrag behandelt werden, weil sie von der Resolution des Verfassungsausschusses wesentlich abweiche. (Widerspruch seitens des Abg. Gribar.) Der Abg. Gribar müsse sie in Form eines selbständigen Antrages einbringen.

Nach einer kurzen Replik des Abg. Gribar und nach einer Bemerkung des Abg. Dr. Sustersič, derzufolge es sich im vorliegenden Falle doch nur um zwei Resolutionen handle, die immer zulässig seien, wenn sie auch miteinander in weiterer Verbindung stehen, ergriff Abg. Dr. Kref als Berichterstatter das Wort. Er erklärte dem Abg. Grafen Barbo gegenüber, es sei von jeher ein Fehler der Großgrundbesitzer gewesen, daß sie sich mit dem Deutschtum im Lande identifiziert hätten. Auf die Bemerkung des Abg. Gribar in betreff der slovenischen Straßentafeln reagierend, sagte Redner, er müsse diese Bemerkung doch als sehr naiv bezeichnen. Die heutige katholisch-nationale Partei habe mit der gewesenen konservati-

ven Partei im Landtage nicht gemein; sie sei nach Organisation und Programm eine ganz neue Partei. (Abg. Sribar: „Aha!)

Der Antrag des Verfassungsausschusses wurde sodann samt der Resolution des Abg. Sribar mit den Stimmen der beiden slovenischen Parteien angenommen. (Beifall links.)

Der Landeshauptmann erklärte zum Schlusse, er müsse sich angesichts des gefassten Beschlusses doch das Recht wahren, die Sitzungsprotokolle für die deutschen Abgeordneten übersetzen zu lassen. Diese Bemerkung rief lebhaften Widerspruch hervor; es wurden Rufe laut: Die Herren verstehen doch alle slovenisch! Dann mußten Sie die stenographischen Protokolle auch übersetzen lassen!

Nach Verlesung von einigen eingelaufenen Petitionen wurde die Sitzung vom Landeshauptmann geschlossen und die nächste Sitzung auf Mittwoch, den 22. November, anberaumt.

Laibacher Gemeinderat.

Der Laibacher Gemeinderat hielt gestern abends eine außerordentliche Sitzung ab, an welcher unter Vorsitz des Bürgermeisters Sribar 24 Gemeinderäte teilnahmen. Zu Verifikatoren des Sitzungsprotokollses wurden die Gemeinderäte Vidmar und Zuzek nominiert.

Nach Eröffnung der Sitzung gab der Bürgermeister bekannt, daß der am 16. August verstorbene k. k. Regierungsrat i. R. Herr Josef Staudacher für die städtischen Armen den Betrag von 200 K testiert habe.

Vor Übergang zur Tagesordnung brachte Gemeinderat Zuzek zwei Dringlichkeitsanträge ein. Der erste Antrag betrifft den projektierten Neubau für das II. Staatsgymnasium in Laibach. Der Antragsteller hob in der Motivierung seines Antrages hervor, wie unzulänglich das zweite Staatsgymnasium, welches 11 Klassen zählt, derzeit im Waldherrischen Hause untergebracht sei und beantragte, daß der Bürgermeister beauftragt werde, bei der k. k. Unterrichtsverwaltung sofort die nötigen Schritte zu unternehmen, damit der projektierte Neubau für diese Lehranstalt schon im kommenden Jahre in Angriff genommen werde. Der Antrag wurde, nachdem noch Gemeinderat Profenc in längerer Ausführung für denselben eingetreten, einstimmig angenommen.

Gemeinderat Zuzek berichtete sodann über den von M. Drehel eingebrachten Refurs gegen die vom Stadtmagistrate bewilligte Refonstruktion des Blumauerischen Hauses in der Bahnhofgasse und beantragte die Abweisung des Refurses. Auch dieser Antrag wurde ohne Widerrede zum Beschlusse erhoben.

Sodann wurde zur Tagesordnung geschritten und berichtete zunächst Vizebürgermeister Dr. Ritter von Bleiweis über das Gesuch der Steinkohlenverkäufer um Annullierung der Anordnung, wonach jeder Steinkohlenverkäufer eine Dezimalwaage mitführen muß, damit die Käufer sich eventuell vom Gewichte der Kohlenfäcke überzeugen können. Die Kohlenverkäufer betonen in ihrem Gesuche, daß die Käufer die Kohle niemals abwägen lassen und daß die Waage auch infolge der Feuchtigkeit und der Erschütterung, welcher sie stets ausgesetzt sei, nicht gut funktioniere und ihren Zweck daher auch nicht erfülle. Die bezüglichliche Anordnung möge daher annulliert, dafür aber strenge Kontrolle des Kohlenverkaufes eingeführt werden. Der Berichterstatter sprach sich aus den von den Petenten angeführten Gründen für die Annullierung der Anordnung, betreffend das Mitführen von Wagen seitens der Kohlenverkäufer, aus, befürwortete aber eine strengere Überwachung des Kohlenverkaufes um so mehr, als in der letzten Zeit vielfach Klagen laut wurden, daß seitens der Verkäufer Gottscheer und Johannistaler Kohle der Trifailer Kohle beigemischt und diese Ware als Trifailer Kohle feilgeboten werde.

Gemeinderat Subic erklärte, daß ihn die Gründe, welche der Referent für die Abschaffung der Waage angeführt, nicht überzeugt haben; es handle sich ja im vorliegenden Falle nicht um Präzisionswagen, aber dem Käufer müsse Gelegenheit geboten werden, sich vom Gewichte der Kohlenfäcke wenigstens annähernd zu überzeugen, da ja bekannt sei, daß sowohl die Qualität als auch das Gewicht der Kohle viel zu wünschen übrig lassen. Redner sprach sich für die Beibehaltung der Kohlenwagen, aber auch für eine strengere Kontrolle des Kohlenverkaufes aus.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Gemeinderates Subic mit großer Majorität angenommen.

Vizebürgermeister Dr. Ritter von Bleiweis berichtete weiters über den Rechnungsabluß des städtischen Schlachthauses für das Jahr 1904. Die Einnahmen beliefen sich auf 48.006 K 95 h, die Ausgaben auf 31.140 K 37 h; es ergab sich somit ein Überschuß von 16.866 K 58 h, was einer 4.37 %

Verzinsung des investierten Kapitals gleichkommt. Der Rechnungsabluß wurde ohne Einwendung genehmigend zur Kenntnis genommen.

Nachdem nun der Vizebürgermeister den Vorsitz übernommen, berichtete Gemeinderat Dr. Starc namens der Finanzsektion über zwei Offerte, betreffend den Ankauf von städtischen Bauparzellen. Rechnungsassistent Herr Ferdinand Staudacher wünscht an der Lebstittgasse zwei Parzellen käuflich zu erwerben, um dortselbst eine Villa und einen großen Biergarten zu errichten. Der angebotene Kaufschilling von 8 K pro Quadratmeter wurde jedoch als nicht entsprechend bezeichnet (der Preis pro Quadratmeter ist seinerzeit vom Gemeinderate mit 10 K festgesetzt worden) und das Anbot daher abgelehnt. Herr Emanuel Zelinka wünscht am Saume des Tivolivaldes — nächst der Villa Lažnik — einen Baugrund zu erwerben, um dortselbst eine einstöckige Villa zu errichten. Da jedoch die Verbauung des fraglichen Grundstückes derzeit nicht zweckmäßig erscheint, wurde das Anbot des Herrn Zelinka abgelehnt.

Gemeinderat Lenče berichtete über das Ergebnis der am 2. Jänner l. J. stattgefundenen 40. Ziehung der Laibacher Lose. Der Bericht wurde ohne Debatte zur Kenntnis genommen.

Gemeinderat Senekovič berichtete über die in Aussicht genommene Reformierung der k. k. kunstgewerblichen Fachschule in Laibach. An der Anstalt bestehen derzeit fünf verschiedene Hauptabteilungen; die Anzahl der Frequentanten beziffert sich auf 229, eine Anzahl, die von keiner anderen Anstalt dieser Gattung in Österreich erreicht wird. Der Lehrkörper zählt 25 Personen und im Staatsvoranschlage pro 1906 erscheinen für diese Schule 70.530 K als Ausgabe eingestellt. Ihre erfreuliche Entwicklung hat die Schule in erster Linie ihrer Akkommodation an die Bedürfnisse des Gewerbestandes zu verdanken. Nun wird neuerlich der Wunsch nach einer Reformierung der Anstalt laut. Langjährige Erfahrungen lassen erkennen, daß Fachschulen nur in kleineren Orten mit einheitlicher gewerblicher Bevölkerung ihrem Zwecke in vollem Maße entsprechen, keineswegs aber in größeren Städten, wo verschiedene gleichwertige Gewerbe betrieben werden. In Städten mit größerer Bevölkerung und entwickeltem Gewerbe bewähren sich weit besser gewerbliche Lehranstalten, die in erster Linie für ausgearbeitete gewerbliche Gehilfen und Meister bestimmt sind; besondere Vorbereitungskurse sind für Jünglinge bestimmt, die sich später irgend einem Gewerbe widmen wollen. Solche Anstalten bilden eine höhere Kategorie von Gewerbeschulen und führen die Bezeichnung Bau- und Kunsthandwerkerschulen. Bisher bestehen solche Anstalten in Bozen und Trient, während die Staatsgewerbeschule in Graz eben im Begriffe steht, eine solche Reformierung zu vollziehen. Auch für die kunstgewerbliche Fachschule in Laibach sei eine solche Umgestaltung wünschenswert. Der Anfang der Reformierung sei durch Eröffnung von Winterkursen für Baugewerbe bereits erfolgt. Im Staatsvoranschlage pro 1906 sei ein entsprechender Betrag speziell für die Umwandlung dieser Anstalt in eine Bau- und Kunsthandwerkerschule eingestellt. Der Lehrkörper soll vermehrt und drei Lehrstellen (ein Professor, ein Fachlehrer und ein Werkmeister) neu systemisiert werden. Der Referent stellte den Antrag, daß die Stadtgemeinde als Hauptlokalfaktor, der hiebei in Betracht kommt, ihre Zustimmung zu der beabsichtigten Reformierung der hiesigen kunstgewerblichen Fachschule erteilt und sich bereit erklärt, ihren Verpflichtungen auch der neuen Schule gegenüber nachzukommen. Nach einigen aufklärenden Bemerkungen des Gemeinderates Subic wurde der Antrag des Referenten ohne Einwendung angenommen.

Gemeinderat Subic berichtete über die mit der Gemeinde Unter-Siska geführten Verhandlungen, betreffend die Legung eines zweiten Hauptrohres der städtischen Wasserleitung durch das Gebiet der Gemeinde Unter-Siska. Da sich die Stadtgemeinde Laibach zur Legung eines zweiten Hauptrohres entschlossen, wurde vielfach der Wunsch ausgesprochen, daß der neue Rohrstrang durch Unter-Siska geführt werde, um auch diese Gemeinde, die an empfindlichem Wassermangel leidet, mit gutem Trinkwasser zu versorgen. Da indes die Gemeindevertretung von Unter-Siska den geforderten Beitrag von 50.000 K zu den Kosten der Legung eines zweiten Hauptrohres für die städtische Wasserleitung abgelehnt und außerdem ganz indiskutable Bedingungen gestellt hat (Entschädigung für den zur Rohrlegung benötigten Grund und Boden, unentgeltliche Errichtung von sechs öffentlichen Brunnen und zahlreichen Hydranten im Bereiche der Gemeinde Unter-Siska u.), wurde über Antrag des Wasserleitungsdirektoriums beschlossen, die Verhandlungen mit der Gemeinde Unter-Siska abzubrechen. Gleichzeitig wurde die Betriebsleitung des städtischen Wasserwerkes beauftragt, das Projekt samt Kostenboranschlag für die Legung eines zweiten Hauptrohres

neben der bereits bestehenden Hauptleitung ehestens auszuarbeiten und dem Gemeinderate zur Beschlussfassung vorzulegen. Die entfallenden Baukosten werden aus dem Reservefonde des Wasserwerkes bestritten werden.

Gemeinderat Subic berichtete weiters über den Rechnungsabluß des städtischen Wasserwerkes für das Jahr 1904. Den Einnahmen per 157.976 K 89 h stehen Ausgaben im Gesamtbetrage von 123.014 K 9 h gegenüber; es ergibt sich somit ein Überschuß von 34.962 K 80 h. Der Rechnungsabluß wurde genehmigend zur Kenntnis genommen, desgleichen die vom Gemeinderate Dimnik vorgetragene Dotationsrechnung der städtischen Volksschule auf dem Karolinengrunde.

Der Refurs der Firma Berc und Genossen gegen den gemeinderätlichen Beschluß vom 26. September l. J., betreffend die Verpachtung des Ein sammelns von Kofkastanien in den städtischen Almen, sowie ein Baurekurs des Baumeisters Wilhelm Treo wurden wegen Abwesenheit des Referenten von der Tagesordnung abgesetzt.

Sodann wurde um 7 Uhr abends die öffentliche Sitzung geschlossen.

(Vom Steuerdienste.) Der k. k. Steuereinnahmer Herr Josef Oblak wurde vom Steuerreferate der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Laibach zu jenem in Gottschee versetzt.

(I. Staatsgymnasium in Laibach.) Der k. k. Landeschulrat für Krain hat zufolge Ermächtigung des k. k. Ministeriums für Kultus und Unterricht den Konzertdirektor der „Glasbena Matica“, Herrn Matthäus Hubad, bis auf weiteres als Nebenlehrer für den nicht obligaten Gesangsunterricht am I. Staatsgymnasium in Laibach bestellt.

(K. k. Zentralkommission für Kunst- und historische Denkmale.) Aus der Sitzung vom 27. Oktober: Das k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht gibt bekannt, daß es für die Durchführung der Restaurierung der Deckengemälde im Dome zu Laibach genau nach dem von der Zentralkommission aufgestellten Programme eingetreten sei.

(Cäcilienvereinsversammlung.) Morgen findet in Laibach die Generalversammlung des Laibacher Diözesan-Cäcilienvereines statt. Aus diesem Anlasse wird um 9 Uhr vormittags in der hiesigen Franziskanerkirche der hochw. Herr Domkapitular Dr. Karlin ein feierliches Amt abhalten, wobei der Franziskaner Pfarrkirchenchor Filles Lourdmesse op. 87 mit großem Orchester zur Ausführung bringt; Offertorium Veritas mea von F. Gruber op. 27, das übrige Choral. Um 1/2 11 Uhr findet im Bischofshofe die Generalversammlung statt. Nachmittag um 1/2 3 Uhr in der Herz Jesu-Kirche Anbetung mit Produktion von Seite der Söglinge des Institutes Dichtenthurn. Alle Freunde der Kirchenmusik sind hiezu freundlichst eingeladen.

(Das Elisabeth-Kinderspital) hält heute nachmittags 5 Uhr im Rathaussaale eine außerordentliche Generalversammlung ab.

(Neubauten in der Station A. B. Ling.) In der Station A. B. Ling der Staatsbahnlinie Klagenfurt-(Villach)-Görz-Triest wird auf Bahngelände neben dem Aufnahmgebäude ein Postgebäude und nächst der Lokomotivremise ebenfalls auf Bahngelände ein Öl- und Petroleummagazin errichtet werden. Behufs Prüfung der Projekte wurde die kommissionelle Verhandlung auf den 30. d. M. mit dem Zusammenritte der Kommission am Bahnhofe in A. B. Ling um 10 Uhr vormittags anberaumt. — Näheres besagt die Rundmachung im Amtsblatte.

(Hochwasser.) Die Fahrstrahlen zwischen den Ortschaften Bresowitz, Presser, Inner- und Außergoritz sind überschwemmt, daß der Verkehr da selbst und zwischen Laibach total abgesperrt, bezogen abgeschnitten ist. Weiters erscheint infolge des hohen Wasserstandes des Laibachflusses das Passieren der Fahrzeuge unter der Eisenbahnbrücke unmöglich. Daher ist auch die Brennholz-, Lebensmittel- und Baumaterialienzufuhr in die Stadt auf einige Tage behindert. — Wie uns aus Loitsch berichtet wird, hat der Schirokko in der dortigen Ebene die Schneemassen nahezu gänzlich zum Schmelzen gebracht. Sowohl das Tal von Planina als auch die Ebene von Loitsch sind unter Wasser.

(Uberschwemmung.) Infolge der andauernden Regengüsse sowie der eingetretenen Schneeschmelze sind der St. Veiter und der St. Paulsbach aus ihren Ufern getreten und haben die Ortsgemeinden Dob, Podborst, Zagorica und Stockendorf des Gerichtsbezirkes Weichselburg unter Wasser gesetzt, so daß die ganze Umgebung einem großen See gleicht. Die unter Wasser gesetzte Fläche (Wiesen, Äcker und Hutweiden) beträgt ungefähr 2500 Hektar, während das Wasser selbst 2 bis 4 Meter hoch steht. Der

stliche Teil der Ortschaft Dob wurde etwa 2 Meter hoch unter Wasser gesetzt und vier Besitzer, deren Wohn- und Wirtschaftsgebäude unter Wasser stehen, mußten delogiert werden. Für den Fall einer größeren Wassergefahr werden 14 Flöße und Treppen herbeigeholt; auch hält die Bevölkerung abwechselnd Nachtwache. Ein Unglücksfall hat sich bisher nicht ereignet.

(Ein Irresinniger auf der Wienerstraße.) Gestern brachte der Besitzer Franz Pablic aus Klanec bei Krainburg seinen 20jährigen Sohn, der an Religionswahn erkrankt war, nach Saibach zum Fingawirt. Um einen Fluchtversuch des Irresinnigen zu verhindern, wurde er an Händen und Füßen gebunden. Gegen 3 Uhr früh aber streifte er die Fesseln von den Beinen ab und lief gegen die Post. Dort wurde er von einem Wachmann angehalten und dem nahe liegenden Vater übergeben. Diese Gelegenheit benützte ein Dieb und entwendete dem Besitzer dessen im Stalle zurückgelassenen grünen Rock. (In den Gruberkanal gefallen) ist diese Tage die 40jährige Wäscherin Elisabeth Planker, als sie sich nach einem ins Wasser gefallenem Taschentuche bückte. Sie wurde von der herbeigeeilten Greislerin Maria Steblaj aus dem Wasser gezogen.

(Schulhausbau in Möttnik.) Am 20. d. M. mittags findet die kommissionelle Verhandlung wegen Herstellung eines neuen Schulhauses in Möttnik im Bezirke Stein statt. Hierbei wird ein Staatsarchitekt der k. k. Landesregierung für Krain als Sachverständiger intervenieren.

(Die Wasserleitungsfrage in Krainburg) kam in letzter Zeit sehr oft zur Sprache, daher wäre es nicht uninteressant, diese Angelegenheit in kurzen Zügen zu skizzieren. Wir erheben darüber folgende Zuschrift: Wie allgemein bekannt, hat Krainburg ein äußerst schlechtes Trinkwasser. Das Wasser in den 3 öffentlichen Brunnen enthält viele Fäulnisbakterien, sein Geschmack ist dumpf, überdies hat es den chemischen Analysen zufolge in allen Brunnen und Zisternen gar keinen Kalk, — alles Umstände, die es keinesfalls als Trinkwasser empfehlen. Man häufig traten deshalb Epidemien auf; auch die Fremden meiden das schlechte Wasser wegen nur zu oft die Stadt. Aus diesen sowie aus sonstigen Ursachen begann sich die Krainburger Stadtvertretung schon im Jahre 1888 über Initiative des Herrn Vinko Majdič mit der Wasserleitungsfrage zu beschäftigen. Man studierte die Terrainverhältnisse, erforchte mehrere Quellen und entschied sich nach eingehender Beratung für die Benützung der Quellen aus dem oberen Kanfertale, da diese nach Aussagen verschiedener technischer Experten und Geologen als die geeignetsten zu betrachten sind. — Während sich die Stadtgemeinde mit den Vorarbeiten beschäftigte, legte ihr Herr Thomas Pabslar seinen Entwurf für die Wasserleitung vor, der auf der Benützung des Grundwassers basiert. Die Stadtgemeinde betraute bald darauf den damaligen Ingenieur Herrn Grášky mit der Ausarbeitung des Hauptplanes für die Wasserleitung. Nach diesem Plane betriebe die Länge der Wasserleitung 15 Kilometer und es könnten von zwölf Dörfern daraus Wasser schöpfen, während nach den Detailplänen des Herrn Ingenieurs Wagners für das Wasser fünfzehn Dörfern zugute käme. Im Jahre 1898 wurden von der Stadtgemeinde beide Entwürfe (des Herrn Grášky und des Herrn Pabslar) einer besonderen Enquete von Sachverständigen sowie dem Landes-sanitätsrate zur Begutachtung vorgelegt, von welcher beiden Seiten jedoch der Entwurf Pabslars als ungeeignet befunden wurde. Darauf wandte sich die Stadtgemeinde Krainburg an den Landesauschuß mit dem Ersuchen um Unterstützung, die ihr auch in der Sitzung des Landtages vom 3. Mai 1900 im Ausmaße von 25% in Aussicht gestellt wurde, falls der Staat 50% zu dem Unternehmen beisteuere. Infolgedessen wurden die Pläne an die k. k. Landesregierung gesendet, wo die Kosten auf 570.000 K veranschlagt wurden; im Ackerbauministerium aber wurde eine Änderung der Pläne vorgenommen. Das hatte eine Vermehrung der Kosten zur Folge, da sie in der Höhe von 620.000 K präliminiert wurden. Weiters versprach der Staat, eine 40%ige Unterstützung unter der Bedingung zu gewähren, daß das Land seinen Beitrag um 5% der Gesamtkosten entfallen; zur Entlastung der armen Dörfer aber verpflichtete sich die Krainburger Stadtgemeinde, eine höhere Summe auf sich zu nehmen. Da sich in der jüngsten Zeit einige Dörfer gegen die Wasserleitung ausgesprochen hatten, soll sich die Höhe der Kosten für die Wasserleitung auf ungefähr 550.000 Kronen erniedrigen. Die Vorarbeiten für die Krainburger Wasserleitung sollen demnach im gegenwärtigen Zeitpunkte als abgeschlossen zu betrachten sein. Aus dem Grunde stellte der Landtagsabgeordnete der Stadt Krainburg, Herr Cyrill Pirce, in der zweiten

Sitzung des Landtages den Antrag, das Land möge den vom Ministerium verlangten 5%igen Beitrag bewilligen. Am 9. d. M. wurde im Krainburger Gemeindeauschuße von der Wasserleitungssektion ein ähnlicher Antrag eingebracht. Der Obmann dieser Sektion, Herr Dr. E. Savnik, gab einen kurzen geschichtlichen Abriss des Wasserleitungsprojektes und befürwortete die Annahme des Sektionsantrages. Über den Antrag entspann sich eine lebhafte Debatte, woran sich die Herren Pabslar, Dr. Savnik, Pirce und Cof beteiligten. Die Ansicht des Herrn Pabslar ging dahin, daß der Vorschlag eine höhere Summe erreichen werde; die Stadtgemeinde möge daher solange den schon bewilligten Beitrag zurückweisen, bis eine finanziell gut situierte Firma die solide Ausführung im veranschlagten Ausmaße übernehmen. Indessen wurde dieser Antrag zurückgewiesen. — Herr Pabslar berief sodann eine Versammlung der Krainburger Bürger ein, die am 16. d. M. im Hotel „Neue Post“ stattfand. Hier entwickelte Herr Pabslar noch einmal seine Bedenken gegen das Wasserleitungsprojekt, indem er betonte, daß die Wassermenge aus den Kanferquellen nicht einmal für die Dörfer, geschweige denn für die Stadt Krainburg ausreichen würde; die Entfernung von den Quellen bis zur Stadt sei zu groß; auch sei das Quellenwasser nicht besonders gut. Die Ausführungskosten des Projektes seien zu niedrig veranschlagt, man werde also wahrscheinlich den oben angeführten Posten um ein beträchtliches überschreiten müssen. Redner sei nur für das Grundwasser eingenommen, er habe schon diesbezügliche Projekte der Stadtgemeinde vorgelegt, welche die Benützung des Grundwassers von Struzevo zur Vorlage haben. Zwar würde diese Wasserleitung nur der Stadt Krainburg zugute kommen, im äußersten Falle aber könnte man noch drei benachbarte Dörfer einbeziehen. Die Kosten für eine solche Wasserleitung würden sich höchstens auf 200.000 K belaufen. Nach diesen Ausführungen ergriff Herr Bezirksarzt Dr. E. Savnik das Wort und entwarf, wie in der Gemeinderatssitzung vom 9. d. M., zunächst ein historisches Bild des Wasserleitungsprojektes, worauf er noch auf einige Behauptungen des Herrn Pabslar replizierte. Herrn Landtagsabgeordneten Pirce, der sich auch mit der Rede des Herrn Pabslar beschäftigte, wurde im Verlaufe seiner Ausführungen vom Vorsitzenden das Wort entzogen, worauf sich die Versammlung auflöste.

(Verkehrshemmungen in Triest.) Wie die Triester Borsedeputation der hiesigen Handels- und Gewerbekammer mitteilt, sind infolge des außerordentlichen Güterandranges in Triest einerseits und infolge der durch die passive Resistenz der Eisenbahnbediensteten gehinderten Warenmanipulation andererseits derartige den Triester Handel lähmende Verkehrsschwierigkeiten eingetreten, daß es den Triester Kaufleuten unmöglich gemacht wird, den erhaltenen Aufträgen so prompt wie zu normalen Zeiten zu entsprechen und die abgeschlossenen Lieferungsstermine einzuhalten. Diese Verhältnisse dürften bis zur vollständigen Aufarbeitung der hier lagernden rückständigen Sendungen andauern. Es ist jedoch Aussicht vorhanden, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten bereits in absehbarer Zeit überwunden werden.

Telegramme

des k. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.

Rußland.

Petersburg, 21. November. Die gestern ausgegebene Nummer 7 des revolutionären Organes des Rates der Arbeitervertreter ist, wie sich herausgestellt hat, in der Druckerei der „Novoje Vremja“ gedruckt worden. Die Setzer waren dort am 19. d., nachmittags um 3 Uhr, eingedrungen und hatten die Angestellten der Redaktion, die in die Druckerei gesendet worden waren, um in Erfahrung zu bringen, was dort vorgehe, zurückgehalten. Hierauf hätten sie gefesselt, gedruckt und endlich die fertiggestellten 30.000 Stück auf bereitgehaltenen Wagen fortgeschafft.

London, 21. November. „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio von gestern: Die Unruhen auf den russischen Transportschiffen sind beendet. Die Polizei ist ans Land zurückgekehrt. Das Transportschiff „Lambow“ verließ heute nachmittags Nagasaki; sein Bestimmungsort ist unbekannt, wahrscheinlich aber Madivostof. Die russischen Gefangenen in Kokura, Fukuoka, Kurume und Kumamoto zeigen sich unzufrieden. Die Behörden befürchten Ruhestörungen, wenn die Gefangenen Japan verlassen.

Warschau, 21. November. Die in Petersburg weilenden polnischen Abgeordneten veröffentlichten eine Erklärung, in welcher der Standpunkt der polnischen Partei auseinandergesetzt wird. Demnach wünschen sie, daß Polen ein autonomer Teil des Reiches werde. Sie denken aber nicht an eine Los-trennung Polens vom russischen Reiche. Sie wün-

schen, ihren eigenen Landtag in Warschau zu haben und auch in der Reichsduma vertreten zu sein.

Wien, 21. November. Die Staatsbahn-Direktion Wien veröffentlicht folgende Mitteilung: In der Nacht vom 20. auf den 21. d. ist in der Lokomotiv-Montierungswerkstätte am Westbahnhofe aus bisher unbekannter Ursache ein Brand ausgebrochen, dem der Dachstuhl des Osttraktes zum Opfer fiel. Die in Ausbesserung befindlichen Lokomotiven erlitten unbedeutenden Schäden. Die Wiederherstellungskosten dürften den Betrag von 90.000 K nicht übersteigen.

Verstorbene.

Am 20. November. Maria Franz, Kanzlistenswitwe, 81 J., Wienerstraße 9, Marasmus senilis. In Pilsnitzspitale.

Am 18. November. Anna Kracman, Magd, 22 J., Residiva abortur.

Am 19. November. Anton Trogerlic, Hausierer, 38 J., Pneumonie.

Meteorologische Beobachtungen in Saibach.

Seehöhe 306.2 m. Mittl. Luftdruck 736.0 mm.

Table with 6 columns: Date, Time, Barometer, Air Temp, Wind, Sky. Rows for Nov 21 and 22.

Das Tagesmittel der gestrigen Temperatur 6.0°, Normale 2.4°.

Verantwortlicher Redakteur: Anton Funtel.

Ein verbreitetes Hausmittel. Die steigende Nachfrage nach „Mollis Franzbranntwein und Salz“ beweist die erfolgreiche Verwendbarkeit dieses, namentlich als schmerzstillende Einreibung bei rheumatischen Mitteln. In Flaschen zu K 1.90. Täglicher Versand gegen Postnachnahme durch Apotheker A. Moll, k. u. k. Postlieferant, Wien I., Tuchlauben 9. In den Depots der Provinz verlange man ausdrücklich Mollis Präparat mit dessen Schutzmarke und Unterschrift. (5229) 6-5

Wer erreicht das Ziel?

Nur der, welcher neben Muskelkraft und Elastizität die nötige Ausdauer besitzt. Ausdauer ist in unserer hastenden, nervös veranlagten Zeit die erste Bedingung für den Erfolg. Das gilt nicht nur für die Befähigung menschlicher Fähigkeiten, sondern für viele Dinge des täglichen Lebens, die wir oftmals zu den nebensächlichen zählen. Ist jemand längere Zeit magen- oder darmleidend oder sind Kinder in der Ernährung zurückgekommen, schwach, skrophulös oder bleichsüchtig, so genügt die vorübergehende Darreichung von Kräftigungsmitteln nicht, es muß vielmehr mit Ausdauer eine richtige Kräftigungskur absolviert werden, für die sich der Servus Kasseler Hafer-Kakao hervorragend bewährt. Man nehme zu solchen Tageszeiten eine Tasse Servus Kasseler Hafer-Kakao zu sich, zu denen man sonst an derartige Getränke nicht gewöhnt ist, also außer zum Frühstück in der Zeit vormittags zwischen 10 und 11, nachmittags zwischen 4 und 5 und abends vor dem Schlafengehen. Nur echt in blauen Kartons à K 1.60 und K —.80, niemals lose.

Advertisement for Marie Franz geb. Rázer, I. I. Gerichtskanzlistens Witwe. Includes a cross symbol and text about her death and funeral.

Kurse an der Wiener Börse vom 21. November 1905.

Nach dem offiziellen Kursblatt.

Die notierten Kurse verstehen sich in Kronenwährung. Die Notierung sämtlicher Aktien und der "Diversen Lose" versteht sich per Stück.

Table with multiple columns listing various financial instruments, their prices, and exchange rates. Includes sections for 'Allgemeine Staatsschuld', 'Staatsschuld der ungarischen Krone', 'Eisenbahn-Staatsschulden', 'Pfundbriefe etc.', 'Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen', 'Diversen Lose', 'Banken', 'Aktien', and 'Industrie-Unternehmungen'.

Advertisement for J. C. Mayer Bank und Wechsel-Geschäft, located at Laibach, Spitalgasse. Includes text about private deposits and exchange services.

Anzeigebblatt zur Laibacher Zeitung Nr. 268.

Mittwoch den 22. November 1905.

(4755) 3. 21.423.

Kundmachung.

Vant Classés des E. I. Eisenbahnministeriums vom 3. November l. J., 3. 51.907, wird in der Station Wfling der Staatsbahnlinie Klagenfurt-Willach (Willach) Grz-Triest auf Bahngrund neben dem Aufnahmungsgebäude ein Postgebäude und nächst der Lokomotivremise, ebenfalls auf Bahngrund, ein Öl- und Petroleummagazin errichtet werden.

Behufs Prüfung der diesfälligen Projekte vom Standpunkte der lokalen Interessen und der Landesbauordnung nach Maßgabe des § 22 der Ministerialverordnung vom 25. Jänner 1879, R. G. Bl. Nr. 19, findet die Landesregierung die Vornahme einer kommissionellen Verhandlung unter Zuziehung der Gemeinde und der etwa vorhandenen Antrager anzuordnen und dieselbe hiemit auf

den 30. November 1905

mit dem Zusammentritte der Kommission am Bahnhofe in Wfling um 10 Uhr vormittags anzubekommen.

Die gegenständlichen Projekte können bis zum Tage der kommissionellen Verhandlung in der Gemeindefanzlei in Wfling eingesehen werden. Hieron werden die Beteiligten mit dem Beifügen in Kenntnis gesetzt, daß es ihnen, insbesondere aber den Anträgern, freisteht, bei der kommissionellen Verhandlung zu erscheinen und etwaige Bedenken oder Einwendungen gegen die projektierten Hochbauten vorzubringen. Einwendungen, welche erst nach abgehaltenem Lokal-ausschüsse eingebracht würden, könnten nur dann Berücksichtigung finden, wenn sich aus denselben öffentliche Bedenken gegen die Bauprojekte ergeben.

K. I. Landesregierung für Krain. Laibach, am 21. November 1905.

Razglas.

Vsled razpisa c. kr. železničnega ministrstva z dne 3. novembra t. l., št. 51.907, se postavi na postaji Jesenice državno-železnične proge Celovec-(Beljak)-Gorica-Trst na železničnem zemljišču poleg sprejemnega poslopja postno poslopje in poleg kolnice za lokomotive tudi na železničnem zemljišču skladišče za olje in petrolej.

Da se presodijo dotični projekti z ozirom na krajne interese in deželni stavbni red po določilih § 22 ministrskega ukaza z dne 25. januarja 1879, drz. zak. št. 19, razpisuje deželna vlada komisijonalno razpravo s prizvetjem občine in morebitnih mejačov ter jo določuje

na 30. dan novembra 1905.

s pristavkom, da se snide komisija ob 10. uri dopoldne na kolodvoru na Jesenicah.

Dotični projekti se morejo vpogledati do dneva komisijonalne razprave v občinski pisarni na Jesenicah.

O tem se obveščajo udeleženci s pristavkom, da je njim, zlasti pa mejasem, dano na

prosto voljo, priti k komisijonalni razpravi in morebitne pomisleke ali ugovore vložiti zoper nameravane visoke stavbe. Ugovori, ki bi se vložili šele po izvršenem ogledu na licu mesta, bi se mogli samo tedaj upoštevati, kadar bi se iz njih pokazali javni pomisleki zoper stavbni projekt.

C. kr. deželna vlada za Kranjsko. V Ljubljani dne 21. novembra 1905.

(4706) 3-2 3. 2892.

Kundmachung.

Zm Schulbezirke Gurkfeld wird eine Lehrstelle an der dreiklassigen Volksschule in Arch zur definitiven Besetzung ausgeschrieben. Die gehörig belegten Gesuche sind im vorgeschriebenen Wege

bis 30. November 1905

hieran einzubringen. Auch haben für die definitive Anstellung die im krainischen öffentlichen Volksschuldienste noch nicht definitiv angestellten Bewerber durch ein staatsärztliches Zeugnis den Nachweis zu erbringen, daß sie die volle physische Eignung für den Schuldienst besitzen.

K. I. Bezirksschulrat in Gurkfeld, am 15. November 1905.

(4726) 3-2 3. 2899 B. Sch. K.

Konkursausschreibung.

An der dreiklassigen Volksschule in Birklach ist eine Lehrstelle mit den gesetzmäßigen Bezügen definitiv, eventuell provisorisch zu besetzen. Die gehörig belegten Gesuche sind im vorgeschriebenen Wege bis zum

15. Dezember 1905

beim gefertigten K. I. Bezirksschulrate einzubringen.

An krainischen öffentlichen Volksschulen noch nicht definitiv angestellte Bewerber haben durch ein staatsärztliches Zeugnis den Nachweis zu erbringen, daß sie für den Schuldienst die volle physische Eignung haben.

K. I. Bezirksschulrat Krainburg, am 16. November 1905.

(4724) 3-2 3. 2897 B. Sch. K.

Konkursausschreibung.

An der einklassigen Volksschule in Kanter ist eine Lehrstelle mit den gesetzmäßigen Bezügen definitiv, eventuell provisorisch zu besetzen. Mit dieser Lehrstelle ist der Genuß einer Naturalwohnung verbunden.

Die gehörig belegten Gesuche sind im vorgeschriebenen Wege bis zum

15. Dezember 1905

beim gefertigten K. I. Bezirksschulrate einzubringen.

An krainischen öffentlichen Volksschulen noch nicht definitiv angestellte Bewerber haben durch ein staatsärztliches Zeugnis den Nachweis zu erbringen, daß sie für den Schuldienst die volle physische Eignung haben.

K. I. Bezirksschulrat Krainburg, am 16. November 1905.

(4714) Firm. 1202 Zadr. III. 201/3.

Razglas.

Vpisalo se je v združnem registru pri firmi:

Mlekarska zadruga v Brezovici, reg. zadruga z omejenim poročtvom, da je iz načelnitstva izstopil Franc Pock, vstopil je pa Ivan Kušar vulgo Lukel, posestnik na Brezovici št. 12. Ljubljana, 15. novembra 1905.

Coupé (Brown)

überführt, leicht, wird gesucht. Anträge mit Preisangabe erbeten unter Coupé an die Administr. d. Ztg. (4750)

Razglas.

V smislu določila § 26. društvenega zakona se javno naznanja, da se je „Tamburaški in pevski klub Zvonček“ vsled sklepa občnega zbora razšel. (4753)

V Ljubljani dne 19. novembra 1905.

Ferdo Buck Vekosl. Škerl s. r.

Karl Graf Strassoldo

in Strassoldo, Küstenland, erklärt, von einem Magenleiden, an welchem er zwei Jahre hindurch gelitten hatte, durch den Gebrauch der Magentinktur (auch abführend) des Apothekers Piccoli in Laibach genesen zu sein.

Ein Fläschchen 20 Heller. Auswärtige Aufträge werden prompt effektiert.

(4758) 1

Advertisement for SINGER Co. Nähmaschinen-Akt.-Ges. Laibach, Petersstrasse 4. Includes the SINGER logo and text about sewing machines.

Advertisement for Deutsch-slovenisches Handwörterbuch von Anton Janežič. Vierte umgearbeitete und vermehrte Auflage, bearbeitet von Anton Bartel, 1905. Preis: broschiert K 6.—, in Leder gebunden K 7.-20. Zu beziehen von: Ig. v. Kleinmayr & Fed. Bamberg, Buchhandlung in Laibach, platz Nr. 2.